

Alternativlos relevant

Lufthansa: „Jetzt fliegt der Bund mit“, FR-Wirtschaft vom 26. Juni

Neun Milliarden auf Kosten der Steuerzahler für Lufthansa, weil „systemrelevant“: „Systemrelevant“ ist ähnlich wie „alternativlos“ ein Begriff, der quasi „ex cathedra“ Hinterfragen und Diskussion abwürgen soll. Ärzte, Krankenschwestern, Müllmänner und andere werden zu Recht als systemrelevante Berufe bezeichnet, weil sie der Gesundheit, der Daseinsvorsorge dienen. Da ist bis heute nicht klar, wer den versprochenen beschneidenden Einmal-Bonus von „bis zu“ 1500 Euro bezahlt.

Lufthansa ist systemrelevant für wen? Für Großaktionäre wie Herrn Thiele, der sich als 22-facher Milliardär zu Dumpingpreisen bei totalem Aktientiefstand 15 Prozent der Lufthansa sichert? Für alle Lufthansa-Aktionäre, die sich allein 2018 über 2,8 Milliarden Gewinn freuten und noch 2019 Dividendenaus-schüttungen von 380 Millionen erhalten?

Aber da will die Regierung aus „marktwirtschaftlichen Gründen“ dem Monopolisten Lufthansa nicht reinreden. Ein Teilnehmer der Verhandlungen: „Die Lufthansa hingegen will die Gelegenheit nutzen, um Arbeitsplätze abzubauen und sich insgesamt als Konzern zu konsolidieren.“

Hat Ryan-Air-Chef O'Leary da so Unrecht, wenn er sagt Lufthansa würden „die Covid-Krise nutzen, um sich mit unglaublich hohen Summen vom Staat zu bereichern“?

Peter Dressler, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/lufthansa-2



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

Die Zukunft wird neu bestimmt

Konjunkturpaket: „Zu viele Projekte, zu hohe Kredite, zu wenig Wirkung“, FR-Tagesthema vom 30. Juni

Die Regierung lässt die Chance verstreichen

Die Zukunft aller Generationen nach Covid-19 wird neu bestimmt. So gut es ist, dass die Bundesregierung alles daran setzt, die Verbreitung und Auswirkungen des Corona-Virus einzudämmen, so problematisch ist es, dass ihre Rettungsmaßnahmen für Corona andere Krisen zu verschärfen drohen. Die Zeit drängt, um die Krise als Chance für notwendige Veränderungen zu nutzen.

Nun beobachten wir allerdings, wie die Regierung diese Chance verstreichen lässt. Mit Blick auf das Konjunkturpaket müssen wir sagen: Wir können und werden diese Entscheidungen nicht akzeptieren. Das primäre Ziel des Pakets ist es, möglichst schnell den alten wirtschaftlichen Normalzustand herzustellen. Für die Zukunft der jungen Generationen wird aber bei diesen Entscheidungen nichts getan. Dabei befinden wir uns in einer anderen, viel größeren Krise – der Klimakrise! Und die Zeit läuft ab. Sie wird noch in unserer Lebenszeit jedes menschliche Wirtschaften unmöglich machen, wenn wir sie nicht endlich angehen. Bisher ist die Stimme der Jungen anscheinend nicht zu denen durchgedrungen, die die Entscheidungen treffen.

Frau Merkel hat sich im Zuge der Verhandlungen mit vielen Interessenvertretungen getroffen, größtenteils mit Vertreter*innen der Wirtschaft und der Konzerne. Es ist höchste Zeit, dass sie endlich auch mit Akteur*innen spricht, die eine gerechte Zukunft für alle Generationen fordern. Denn hierfür gibt es Lösungen. Der Jugendrat der Generationen Stiftung, der sich für eine generationengerechte Welt einsetzt, hat am 28. Mai einen Rettungsschirm für alle Generationen aufgespannt. Dieser beinhaltet vier Forderungen, die aus dem Konjunkturpaket ein Zukunftspaket machen.

Frau Merkel hat in der Vergangenheit immer wieder gezeigt, dass sie in wichtigen Situationen Entscheidungen auch kurzfristig noch ändert. Deswe-

gen appelliere ich an unsere Bundeskanzlerin: Sie muss sich mit dem Jugendrat der Generationen Stiftung treffen, zuhören und Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit kennen und berücksichtigen.

Laura Merz, Schöneck

Wer außen vor ist, hat das Nachsehen

Wie sollen Abgeordnete verstehen, dass mit der Sozialhilfe am Ende des Monats gehungert wird, sich nicht einmal mehr ein Hamburger bei McDonalds leisten werden kann? Wenn der oder die Abgeordnete – abgesehen vom fünfstelligen Bruttogehalt – im Jahr 60 000 Euro steuerfreie Spesen hat!? Die große Koalition stimmt geschlossen mit der AfD gegen eine Corona-Beihilfe bei Bedürftigen, aber mit Ja für das Konjunkturpaket. Erreicht werden dabei aber nur die, die in der Konjunktur sind. Wer außerhalb der Konjunktur steht, hat das Nachsehen. Ich stelle fest, dass mit der Sozialhilfe eine Oppositionsarbeit, beispielsweise bezüglich der CDU Hessen, einfach nicht möglich ist. Stefan Vollmershausen, Dreieich

Wo soll das Geld herkommen?

Die Bundesregierung schnürt ein dickes Konjunkturprogramm und stellt Milliardenhilfen für viele sinnvolle (manches auch fragwürdig) Hilfen zur Verfügung, und der Bürger fragt sich: Wo soll das alles herkommen?

Ich habe mal gelesen, dass das deutsche Barvermögen rund 6000 Milliarden beträgt. Mein Vorschlag ist, eine Corona-Sonderabgabe einzuführen, die drei Prozent von diesem Barvermögen beträgt. Wenn man ein Schonvermögen von 1,2 Millionen ansetzt, dann dürften immer noch etwa 150 Milliarden in eine Kasse fließen. Die Zahlen würden dies auf den Konten kaum merken und gegebenenfalls noch Negativzinsen einsparen. Und nach Corona wären sie wieder reicher als vorher! Dies wäre auch ein Modell für andere Staaten. In Italien z.B. ist das Vermögen deutlich höher.

Dazu kommt, dass ein Mehrfaches des weltweiten Bruttosozialprodukts im Orbit kreist und Anlagemöglichkeiten sucht. Gelder, die aus Hedgefonds, Schwarzgeld, Steuerhinterziehung und auch sauberen Erträgen bestehen. Warum nicht auch dieses „Buchgeld“ einmal durch eine weltweite Vereinbarung einbeziehen? Ich höre schon den Aufschrei der Parteien und der Lobbyisten! Und wenn am Ende alles nicht hilft, um die Schulden abzubauen, werden die Grundsteuer, die Kindergartenbeiträge, die Krankenversicherungsbeiträge, die Fahrkarten etc. teurer. Und wer bezahlt das?

Albert Henkel, Wehrheim

Für Dankbarkeit kann man sich nichts kaufen

Überall wird darüber geredet, wie „ach so dankbar“ man den Menschen in systemrelevanten Berufen ist (Ärzte, Erzieher, Verkäufer, etc.). Leider kann man sich für Dankbarkeit nichts kaufen und diese Menschen werden auch schnell in „Vergessenheit“ geraten, wenn das Leben wieder seinen „normalen“ Lauf nimmt. Kann nicht mal irgendjemand vorschlagen, dass die Menschen in systemrelevanten Berufen eine Steueraussetzung oder Steuerminderung für die Zeit der Krise erhalten? Ich fände es super, wenn Sie sich dieser Idee, mal annehmen würden.

Alexandra Mohr, Frankfurt

Wie soll die Steuersenkung den Konsum anregen?

Die Senkung der Mehrwertsteuer von 19 auf 16 bzw von sieben auf fünf Prozent wird von unserer Regierung als große Leistung für die Verbraucher angekündigt; die Senkung soll den Konsum anregen. Mir erschließt sich nicht, dass Verbraucher einen Gegenstand im Wert von beispielsweise 119 Euro als zu teuer ansehen, sich aber beim Preis von Euro 116 zum Kauf angeregt fühlen. Zu einer solchen Äußerung fällt mir nur die Eigenschaft „weltfremd“ ein.

Manfred Christmann, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/konjunkturpaket

LESERBRIEFE ONLINE

Alle Leserbriefe dieses Leserforums wurden auch online veröffentlicht – im FR-Blog, der Fortsetzung des Print-Leserforums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20200706
Eine Übersicht finden Sie hier: frblog.de/aktuell

FR ERLEBEN

Manuel Almeida Vergara diskutiert im „Modcast“ mit Patrice Bouédibéla über den Sinn einer „Frankfurt Fashion Week“. Die Ausgabe des Mode-Podcasts ist erschienen:

Donnerstag, 2. Juli
fashionunited.de
modcast.podigee.io

Andreas Schwarzkopf spricht mit Nicole Deitelhoff von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) über „Sündenböcke und Verschwörungstheorien: Spaltet Corona die Gesellschaft“.

Verfolgen Sie das Gespräch von Heinrich-Böll-Stiftung, HSFK und FR per Livestream auf Youtube und diskutieren Sie mit.

Dienstag, 28. Juli, 19 Uhr
boell-hessen.de/YouTube

Wie sich die Eigner selbst enteignet haben

Kaufhof-Karstadt: „Kampf um Arbeitsplätze“, FR-Regional vom 2. Juli

Die Krise der Warenhäuser geht auf unternehmerische Fehlentscheidungen zurück, die bereits in den 1980er Jahren getroffen wurden. Damals gab es noch kein Internet für Privatpersonen und keine Online-Versandhändler. Für die Ursachen des Übels sind die kurzfristigen Profitinteressen der Aktionäre und die inneren Strukturen der Häuser verantwortlich. 1980 hatte Metro 24,9 Prozent der Anteile an der Kaufhof AG erworben. Das bedeutete massive Unvereinbarkeiten hinsichtlich der Zielgruppen (Einzelhändler contra Endkunden). Diese ließen sich auch durch das gemeinsame wirtschaftliche Ziel,

nämlich eine höchstprofitable Kapitalverwertung, nicht neutralisieren. Im Gegenteil: Erträge der einen Gruppe führten zu Renditeproblemen bei den anderen. Sechzehn Jahre später standen den Fachabteilungen der Warenhäuser namhafte Vertriebskonkurrenten aus der eigenen Kapitalfamilie gegenüber: Primus Sportwelt, Pelikan oder Media-Saturn. Karl Marx hätte möglicherweise diagnostiziert, dass sich die Enteigner selbst enteigneten und sich der Kapitalismus selbst zerstörte. Letzteres wäre zu begrüßen, stünden nicht Tausende Einzelhandelskaufleute arbeitslos auf der Straße. Genau

das ist angesichts der Schließung von Filialen zu befürchten.

Diese Entwicklung war absehbar, aber Politik und Gewerkschaften erwiesen sich als blind. Das gilt insbesondere für die Gewerkschaften HBV und DAG, die als kapitalhörige „Lahmärsche“ verschrien waren. Sie hatten es bereits seit den 1960er Jahren hingeworfen, dass die Angestellten von Kaufhof und Karstadt durch das „Harzburger Führungsmodell“ weitgehend fachlich entmündigt wurden; ein Modell, das von dem Juristen und ehemaligen SS-Überführer Reinhard Höhn entwickelt worden war. Statt der proklamierten Delegation von

Verantwortung wurden lediglich Routineentscheidungen auf den Ebenen von Verkäufern, Erstverkäufern, Substituten und Abteilungsleitern getroffen.

Diese selbst heraufbeschworene Krise der Warenhäuser war einer der Faktoren, die dem Online-Handel zum Durchbruch verholfen haben, aber sie hat diesen Wandel nicht allein ausgelöst. Das ehemalige Kaufhof-Prinzip „Tausendfach alles unter einem Dach“ könnte noch erfolgreich sein. Vielleicht betritt demnächst ein chinesischer Milliardär die Bühne und zeigt deutschen Managern, dass sie aus der Zeit gefallen sind.

Klaus Philipp Mertens, Frankfurt